

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.5 - 58. Jahrgang

15. März 2008

Thema der Woche:

## BVG-Streik: Es wird gesprochen

Nach einem neuen Arbeitgeberangebot am Mittwoch wurden am Donnerstag die Sondierungsgespräche fortgesetzt, am Freitag früh tagte die Tarifkommission. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hatte erneut



Klaus Wowereit.

zu einem Ende des BVG-Streiks und einer Lösung am Verhandlungstisch aufgerufen. Die bisherigen Aktionen gingen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger

Forderungen nach einem angemessenen Lohn seien verständlich, so Wowereit, aber im Fall der Altverträge seien die Vorstellungen der Gewerkschaft „völlig unangemessen“. Er verwies darauf, dass die BVG den nach Marktpreisen bezahlten neuen Busfahrern ein „ordentliches Angebot“ gemacht hat. Letztlich werde es auch für die Fahrer mit Altverträgen eine Lösung geben müssen, die sich aber in der Höhe unterscheiden müsse.

Die Bevölkerung würde, falls es jetzt wegen eines zu hohen Tarifabschlusses zu Fahrpreiserhöhungen kommen müsste, nach der massiven Beeinträchtigung durch den Streik „doppelt bestraft“, sagte Wowereit. Der Regierende Bürgermeister betonte das Interesse des Landes an einer „starken BVG“, die wichtig sei für Mobilität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Stadt. Gerade deshalb stehe der Senat hinter den vertraglichen Vereinbarungen zur Sanierung des Unternehmens, mit denen Arbeitsplatzsicherheit unter der Voraussetzung des Verzichts auf weitere Lohnerhöhungen garantiert wurde.

Sichere Arbeitsplätze und der Schutz der BVG vor Konkurrenz seien immer nur die eine Seite der Verabredung gewesen, so Klaus Wowereit. **BS □**

SPD-Debatte:

## „Tabus helfen nicht“

Bundesweite Funktionärskonferenz im Mai

**Die mit großer Mehrheit im SPD-Vorstand beschlossene Position zur Linkspartei sei eine angesichts der Wahlergebnisse notwendige Weiterentwicklung. Das betonte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in dieser Woche. Den Vorwurf des Wortbruchs wies er zurück.**

Nach dem Einzug der Linkspartei auch in die Parlamente von Flächenstaaten habe die SPD ihre Strategie weiterentwickeln müssen. Auf Länderebene, so Beck, müssten die jeweiligen Landesverbände "in jedem Einzelfall" selber bewerten und entscheiden, ob es "Möglichkeiten des Zusammenwirkens gibt oder nicht". "Diese Linkspartei ist für uns eine gegnerische Partei wie andere auch", sagte Beck. Die SPD werde die Auseinandersetzung mit ihr suchen.

Für einen Strategiewechsel hatte sich auch Parlamentsvizepräsident Wolfgang Thierse eingesetzt: „Es geht um eine inhaltliche Auseinandersetzung. Tabuisierungen, Beschwörungen, Hinwegbeten – das alles hilft nicht. Die Bürger müssen klar sehen, wo die inhaltlichen Differenzen zwischen Linkspartei und SPD liegen.“ Diese



Erklärungsbedarf: Die SPD auf der Straße.

Unterschiede sind nach Ansicht Thierse deutlich: „In unsicheren Zeiten wächst das Bedürfnis nach einfachen Antworten. Das kann von kleinen, radikalen Klientelparteien besser befriedigt werden, so wie es die Linkspartei macht. Die betreibt ja so etwas wie Sozialstaatsnationalismus.“

Die Debatte soll in der Partei weitergeführt werden und am 31. Mai auf einer Funktionärskonferenz in Nürnberg einen vorläufigen Abschluss finden.

➔ **siehe auch Seite 2 und 9**

Kita:

## Hilfe für Eltern und Kinder

Michael Müller: Anspruch auf Kitaplatz ausgeweitet

**Sieben Stunden lang jeden Tag mit anderen Kindern spielen, Sprachen lernen und auf die Schule vorbereitet werden - das soll ab 2009 allen Kindern im letzten Kitajahr kostenlos offen stehen - ohne eine gesonderte Prüfung des Bedarfs.**

Die rot-rote Koalition verbessert kontinuierlich und für alle Kinder die Bedingungen für eine vorbildliche vorschulische Förderung. Seit 2007 ist der Besuch des letzten Kitajahres beitragsfrei. In den Jahren 2010 und 2011 wird dies auch für die anderen Kita-Jahre umgesetzt. Mit dem Gesetz zur vorschulischen Sprachförderung wird gesichert, dass alle Kinder, für die ein Jahr vor

der Einschulung ein Sprachförderbedarf festgestellt wird, diesen auch verbindlich

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

VERLAG UND REDAKTION WÜNSCHEN EIN FROHES OSTERFEST. DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT NACH DEN FERIEEN AM 5. APRIL.

erhalten. Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller: "Berlin ist das erste Bundesland, das den Betreuungsanspruch für alle Kinder auf sieben Stunden ausweitet. Damit tragen wir unter anderem dem gewachsenen Sprachförderbedarf vieler Kinder Rechnung." **BS □**



Nach dem mit rund 250 Gästen erfolgreichen Jahresempfang der Arbeitsgemeinschaft 60plus im Nachbarschaftsheim Urbanstraße in Kreuzberg steht am 2. April die nächste größere Aktion bevor. Die AG 60 plus führt am Mittwoch, dem 2. April einen bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Demokratie und Toleranz – Jung und Alt gemeinsam gegen rechts“ durch. In Berlin gibt es aus diesem Anlass eine Verteilaktion vor dem Gelände der Ausstellung „Topographie des Terrors“ in der Wilhelmstr. (Ecke Niederkirchnerstr.) in der Zeit von 11 – 13 Uhr. Foto: Herrmann

SPD-Debatte:

## Berliner Erfahrungen

Die Debatte über linke Politik führen

**Ende der achtziger Jahre hat die Berliner SPD vor einer Abgeordnetenhauswahl eine Koalition mit der Alternativen Liste (AL) ausgeschlossen, weil die u.a. ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt hatte. Nach der Wahl bot sich zusammen mit der AL die Möglichkeit, den damaligen Diepgen-Senat abzulösen, die AL klärte umgehend ihr Verhältnis zur Gewalt und war koalitionsfähig. Bei den Berlinerinnen und Berlinern aber war nur die Aussage hängengeblieben, es gebe keine Koalition mit der AL. Nicht das „weil“.**

2001 hat die Berliner SPD es anders gemacht. Aus einer rot-grünen Koalition heraus warb man für den Fortbestand dieser Zusammenarbeit, schloss aber ausdrücklich andere Konstellationen außer einer Großen Koalition nicht aus. Seither funktioniert die rot-rote Zusammenarbeit. Im Herbst vergangenen Jahres warnte Klaus Wowereit folgerichtig vor Tabuisierungen im Umgang mit der Linkspartei.

Die Fraktionsvorsitzende der Alternativen Liste 89/90 war inzwischen Bundesministerin, ihre Partei hat einen Platz im Parteiensystem und die nötigen Wählerinnen und Wähler gefunden. Bei der Gründung in den siebziger Jahren war das nicht vorhersehbar, auch in der SPD traten starke Strömungen für eine bessere Umweltpolitik oder mehr Bürgerrechte ein. Die SPD hat es aber nicht geschafft, die notwendige Attraktivität und Bindungskraft zu entwickeln, um die innerparteiliche Debatte der neuen Ideen zum gesellschaftlichen Dreh- und Angelpunkt zu machen. Inzwischen haben die Grünen bürgerliche und liberale Elemente mitaufgenommen, die die FDP nicht mehr bedienen konnte, niemand sieht noch ihre Existenzberechtigung in Frage gestellt.

Aus der anfänglichen Vermögensretungsaktion der PDS und dem Versuch, Heimat zu bieten, ist eine Partei entstanden, die in den östlichen Bundesländern einen festen Wählerstamm hat. Lange Jahre hat Gregor Gysi dabei eine Partei verkörpert, die es hinter ihm gar nicht gab. Inzwischen gleicht sich die Partei zumindest teilweise ihrem Protagonisten an. Ob der Ausdehnungsver-

such in den Westen über die anfänglichen Wahlerfolge hinaus gelingt, muss sich erweisen. Langfristig entscheiden vertrauenswürdige Vertreter vor Ort über die Akzeptanz einer noch weitgehend aus Protest gewählten Partei. In Bremen und Niedersachsen gibt es erste Negativbeispiele.

Möglichkeiten einer verlässlichen Zusammenarbeit lassen sich daher tatsächlich nur vor Ort ausloten. Ob sich die Unterschiede zwischen Ost und West dabei verwischen, liegt in der Hand der Linkspartei. In vielen Sachfragen dürfte es - Hessen wird es ab April vorführen - auch ohne Abstimmung zu gemeinsamen Abstimmungen kommen.

Die Wahlergebnisse der Linkspartei in Ost und West zeigen aber, dass das Bedürfnis nach einer weiteren Partei unterschiedlich ausgeprägt ist. Während im Westen die Sozialdemokratie als Original anerkannt ist, hat im Osten die Linkspartei einen Teil dieses Erbes erfolgreich für sich in Besitz genommen. Warum es auf Dauer zwei sozialdemokratische bzw. demokratisch-sozialistische Parteien geben sollte, müssten Programme belegen. Die SPD hat eins.

Bei der Linkspartei sind es vor allem bundespolitisch relevante Aussagen zur Nato-Mitgliedschaft oder zur Finanzierung von Sozialleistungen, die Distanz schaffen. Hier muss die SPD schlicht auf die Überzeugungskraft ihrer besseren Argumente - auch in die Gesellschaft hinein - setzen. Nichtbeachtung schadet. Was wirklich „Links“ ist, muss öffentlich ausgetragen werden.

Die jetzt in der Debatte zwischen der SPD-Linken und den Seeheimern sichtbar gewordene Bandbreite der SPD ist jedenfalls eine ihrer Stärken. Damit sich gute Konzepte in der Gesellschaft durchsetzen, müssen sie zuvor breit debattiert und abgewogen werden. Über den Eindruck der Geschlossenheit entscheidet die Art, wie solidarisch und ernsthaft diskutiert wird, nicht das stromlinienförmige Statement. Der Debattekultur der Sozialdemokratie hat die Linkspartei wenig entgegenzusetzen. Allerdings muss dann auch in der SPD anders miteinander umgegangen werden als in den vergangenen vierzehn Tagen. **U.H.** □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Klaus Wowereit** ist ein Bürgermeister zum Anfassen. Das stellte er jetzt wieder unter Beweis, als er sich den Abgesandten



von Madame Tussauds Wachsfigurenkabinett stellte, die eigens aus London zu einem „Sitting“ angereist waren. Dabei wurden in zwei Stunden über 500 Abmessungen an Berlins Regierendem Bürgermeister vorgenommen. Neben exakten Körpermaßen mussten unter anderem die Haarfarbe und der Teint genau bestimmt werden. Eine weitere Herausforderung war die Auswahl der Augenfarbe und der Augenform. Die fertige Figur soll zu den Attraktionen einer neuen Berliner Filiale gehören: Im Juli eröffnet Madame Tussauds Unter den Linden 74 am Brandenburger Tor.

**Björn Böhning**, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender, hat als Nachfolger von Andrea Nahles den Vorsitz der Bundes-Linken in der SPD übernommen. Bei den Vorstandswahlen kamen jetzt vier weitere Berliner in den 21köpfigen Vorstand: Mark Rackles (Beisitzer; Vertreter Berliner Partei-Linke), Burkhard Zimmermann (kooptiert für den AK Frieden), Franziska Drohsel (kooptiert als Juso-Bundesvorsitzende) und Peter Schuster (Revisor).

**Elke Hübner**, langjährige Leiterin der Fläming-Grundschule, die 1975 als erste Schule in Deutschland den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung aufnahm, ist von Klaus Wowereit mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin



Flugfrei-Kampagne:

# „Umfassend über Tempelhof informieren“

Plakataktionen, Flyer und Veranstaltungen

„Unser vorrangiges Ziel ist die umfassende Information der Bürger und Bürgerinnen“, so die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, Barbara Loth bei der Präsentation der Plakate des Bündnisses für ein flugfreies Tempelhof in der vergangenen Woche im Heinrich-Albertz-Haus der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

„Die verschiedenen Plakatmotive spiegeln wider, worum es uns geht. Der Bauarbeiter beispielsweise versinnbildlicht die an BBI geknüpften Arbeitsplätze, die junge Mutter und ihr Kind verdeutlichen, dass es um die Zukunft Berlins - aller Berliner und Berlinerinnen - geht“, sagte Barbara Loth.

Jürgen Hermann vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) unterstrich nochmals die Notwendigkeit, öffentlich für die eigene Position zu werben: „In den Medien war bisher vor allem von den Flughafen-Befürwortern zu hören. Aber es gibt nicht nur die Argumente der Gegenseite - auch wir haben Argumente, noch dazu die besseren. Überhaupt ist ein Flughafen in einer Umweltzone ein eklatanter Widerspruch. Das muss den Menschen deutlich gemacht werden.“



Vorstellung der Plakate mit Heidemarie Fischer (z.v. r.) und Barbara Loth (r.).

Foto: Stegmüller

Der Gastgeberin und stellvertretenden Landesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Heidemarie Fischer, gefiel besonders das Motiv mit der jungen Mutter und ihrem Kind: „Die Familie ist eine Herzensangelegenheit der AWO. Wir betreiben 4000 Kitas in Berlin. Familien mit Kindern müssen die Möglichkeit haben, abseits des Stadtrummels zusammen die Freizeit zu verbringen. Ein so großes Areal wie das Flughafengelände Tempelhof bietet dafür ungeahnte Perspektiven.“

Derzeit werden rund 40.000 Plakate des

Bündnisses für ein flugfreies Tempelhof in der Hauptstadt von ehrenamtlichen Helfern aufgehängt. Zusätzlich zu den Plakaten und Infoständen sind außerdem diverse Aktionen der einzelnen Verbände und Parteien geplant: So wird der BUND Wanderungen um das Flughafengelände anbieten, „Die Linke“ möchte Führungen durch das Flughafengebäude machen und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) eine Diskussion über die verkehrliche Erschließung des Areals veranstalten.

Christian Stegmüller □

Bündnis:

## „Die gute Sache unterstützen“

Carola und Clara Follert werben auf den Plakaten

Tausendfach ist ihr Foto in diesen Tagen überall in Berlin zu sehen: Carola Follert und ihre Tochter Clara werben auf einer neuen Plakatserie für ein flugfreies Tempelhof.

Seit dem 7. März hängen die Plakate des „Bündnisses für ein flugfreies Tempelhof“, des Zusammenschlusses von Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen und Parteien, mitinitiiert von der SPD. „Klar ist das komisch, wenn dein Bild plötzlich in der ganzen Stadt rumhängt“, sagt die 27-jährige und fügt hinzu: „Ich war eben auch neugierig und schließlich ist es für eine gute Sache.“

Mit der guten Sache meint sie die geplante Schließung von Tempelhof, dem Flughafen unweit von ihrer Haustüre in der Theodorstraße. So viel hören ihre Tochter und sie heute zwar nicht mehr von den Fliegern, „aber es muss ja auch nicht erst krachen, bevor mal was passiert.“ Daher hält sie die Einstellung des Flugverkehrs für längst überfällig, nicht bloß wegen der Sicherheitsrisiken für die Anwohner. „Auch für die Umwelt ist das ja nicht gerade scho-



Werben für ein Ende des Flugverkehrs: Carola und Clara Follert.

nend“, gibt die gebürtige Berliner zu bedenken.

In diesem Thema kennt sie sich aus, schließlich studiert sie „technischen Umweltschutz“ an der TU-Berlin. Und freiwilliges Engagement in verschiedenen Gruppen kommt außerdem hinzu. Momentan widmet sie sich jedoch während der Baby-pause voll und ganz Clara. „Freunde kann ich derzeit nicht wirklich treffen, teils ist so ein neugeborenes Kind schon sehr anstrengend. Aber ich will Clara um nichts in der Welt mehr missen.“ SPD-Mitglied ist Carola Follert nicht, dafür ist ihr Lebensgefährte und Vater von Clara Martin Müller umso engagierter dabei.

Clara selbst ist nicht so gesprächig. Eher kraxelt das zehn Monate alte Mädchen die Schubladen hinauf oder zaubert Konfetti aus Werbeprospekten. Richtig still wollte sie nie halten, als der Photograph die Plakatsfotos aufnahm. „Clara würde sich wohl am meisten über einen Spielplatz freuen. Oder einen Bauernhof, auf jeden Fall mehr Grünflächen im sonst eher grauen Tempelhof“, meint Carola zu einer möglichen Nachnutzung des riesigen Flughafengeländes, „dann hätten wenigstens alle Berliner was vom Flughafen - und nicht bloß die Handvoll Fluggäste in Tempelhof.“

Christian Stegmüller □

**Ausstellung:****Falken unter Beobachtung**

Vom 2. bis 25. April ist im Rathaus Mitte die Ausstellung „Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN in Berlin 1945 bis 1961“ zu sehen.

Erstellt wurde sie vom Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Dokumentiert werden in der Ausstellung die bis zum Mauerbau 1961 andauernden Bemühungen der „Falken“, im Ostteil der Stadt aktiv zu sein und Kontakte zwischen Jugendlichen in Ost und West zu ermöglichen. Nicht wenige zahlten dafür mit jahrelanger Haft. Ihnen ist diese Ausstellung gewidmet. Zur Ausstellungseröffnung am Mittwoch, 2. April, um 14.30 Uhr sprechen Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Martin Gutzeit und Ausstellungsmacher Dr. Falco Werkentin. **BS □**

➔ Berolina-Galerie (1. OG) des Rathauses Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, geöffnet Montag bis Freitag 9–18 Uhr

**Aidstage:****Experten beraten**

Vom 14. bis 16. März werden die 12. Münchner Aids-Tage erstmals in Berlin stattfinden.

Eröffnet wird der größte HIV-Kongress in Deutschland am 14. März von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Unter der wissenschaftlichen Leitung des Aids-Experten Dr. Hans Jäger werden sich rund 2000 Teilnehmer u. a. mit neuen Behandlungsmöglichkeiten der Immunschwächekrankheit befassen. Augenblicklich leben ungefähr 59.000 HIV-Infizierte Menschen in Deutschland. 2007 gab es geschätzte 3000 Neuinfektionen und 600 AIDS-bedingte Todesfälle. Weltweit beträgt die Zahl der HIV-Infizierten gut 33 Millionen, wovon alleine dieses Jahr voraussichtlich 2,1 Millionen sterben werden. **CS □**

➔ Teilnehmerinformation: [www.aidsstage.de](http://www.aidsstage.de) oder Tel. 08191/125433

**Volksentscheid 27. April:****Viele Ideen für Tempelhof****Konzepte zur Nachnutzung - Neue Bewerber für Gebäude**

Die Nachnutzungskonzepte für das Flughafengelände Tempelhof nehmen allmählich konkrete Formen an.

Wie genau der eigene Vorgarten bepflanzt werden soll, bereitet vielen Menschen schon Kopfzerbrechen. Verglichen mit dem Flughafengelände Tempelhof sind derartige Sorgen aber Kinkerlitzchen. Auf nicht weniger als der Fläche von 500 Fußballfeldern soll in den nächsten Jahren ein neuer Stadtteil aus dem Boden gestampft werden. Die Herausforderung ist groß, noch größer sind aber die Chancen für Berlin.

Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer stellte in der vergangenen Woche erste Ideen und Konzepte für das „Tempelhofer Feld“ vor. Demnach könnten dort fünf neue Stadtquartiere und eine 220 Hektar große Parklandschaft entstehen. Im „Stadtquartier Tempelhof“ beispielsweise soll sich das zukünftige europäische Zentrum für Umwelttechnologien mit Betrieben und Dienstleistern aus der Klimaschutzbranche ansiedeln. 4500 neue Arbeitsplätze verspricht man sich davon, zusätzlich sollen dort 2300 Wohnungen gebaut werden.

Auch für „innovative, ökologische Wohnformen“ wie Mehrgenerationenhäuser soll auf dem einstigen Flughafengelände Platz geschaffen werden. Diverse Pläne gibt es außerdem für das teilweise leer stehende Flughafengebäude, so ist etwa eine internationale Kunstausstellung denkbar, aber auch Filmproduktionen könnten in den imposanten Flughafenhallen unterkommen. Die Vermarktung der über 300.000 Quadratmeter Nutzfläche werde gegen Jahresende 2008 offensiv in Angriff genommen.

„Dieses große Areal nachhaltig nach ökologischen Kriterien und hin zu einer gesunden zukunftsfähigen und lebendigen Stadt zu entwickeln, ist eine Herausforderung. Auf dem Tempelhofer Feld werden tausend



Wohnen am Park. Foto: SenStadt/Astoc GmbH

de neue Wohnungen entstehen. Die Entwicklung eines Areals dieser Dimension, mitten in der Hauptstadt einer der größten Industrienationen der Welt, eröffnet außerordentliche Chancen“, so Junge-Reyer.

Die Frage nach der Nachnutzung von Tempelhof ist nicht neu. Seit dem Konsensbeschluss 1996, der die Schließung des Flughafengeländes festlegte, wurden von verschiedenen Akteuren Vorschläge eingebracht. Die Berlin-Brandenburg Aerospace Allianz e.V. (BBAA) liebäugelt schon lange mit dem weitläufigen Flughafengebäude als Ort für einen Themenpark Luftfahrt. Neben der einmaligen Gelegenheit, einem breiten Publikum die Luft- und Raumfahrtindustrie an einem so geschichtsträchtigen Ort näher zu bringen, könnten dort außerdem wissenschaftliche Einrichtungen, Verbände, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen in das Gebäude integriert werden.

Die Bürgerinitiative „Autofrei wohnen“ macht sich stark für einen Stadtbezirk ohne Autoverkehr. Sie sieht ihre Chance gekommen, auf dem frei werdenden Gelände auch ein Stück für ihre Pläne zu ergattern. Am liebsten wäre ihr dafür ein in der Nähe des Tempelhofer Damms gelegenes Teil, um ihre Vorstellung von einer ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklung zu demonstrieren. **Christian Stegmüller □**

**Lob für die „entschiedenen Reformer“****Klaus Staeck diskutierte mit Wolfgang Thierse und Peer Steinbrück**

Er hat sich schon oft für die SPD eingesetzt und will dies auch weiter tun: Klaus Staeck, Präsident der Berliner Akademie der Künste, hat seine Partei immer als eine Bereicherung, nie als Last empfunden, sagte er auf einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus. Und er zitierte den Sozialphilosophen Oskar Negt: „Die wahren Revolutionäre sind die entschiedenen Reformer.“

„Nichts ist erledigt - über die Aufgaben

der Politik“ hieß das Motto der Veranstaltung mit Klaus Staeck, Wolfgang Thierse und Peer Steinbrück im Willy-Brandt-Haus. Die Politik sei komplexer, aber auch oberflächlicher geworden, merkte Peer Steinbrück an. So schwinde die Bindungskraft.

Staeck riet der SPD, nicht zu sehr in Einzelfragen zu argumentieren. Die Menschen wollten wissen, wofür die SPD im Prinzip stehe, so der Akademie-Präsident. Man

müsse ihr in den wichtigsten Grundfragen vertrauen können. „Einzelfragen versteht sowieso niemand“, so Klaus Staeck. Und er mahnte, die Politik lasse sich heute für viel zu viele Dinge verantwortlich machen.

Die Aussichten seiner 145 Jahre alten Partei hält Staeck trotz aller aktuellen Debatten für gut, wenn es ihr gelinge, deutlich zu machen, dass sie etwas anderes sei als die anderen Parteien und sich so von ihnen absetze. **BS □**



SPD-Fachausschuss:

# Kreativität und Vielfalt

Barbara Loth: Kreativwirtschaft gibt der Stadt neue Perspektiven

**Eine der großen ökonomischen Chancen Berlins liegt in einem Bereich, der als Kreativwirtschaft bezeichnet oder unter dem englischen Begriff „Creative Industries“ zusammengefasst wird. Das wurde jetzt auf einer Veranstaltung des Fachausschusses Wirtschaft zum Thema „Potentiale der Kreativwirtschaft in Berlin“ deutlich.**

Noch nicht allen ist bewusst, welche Potentiale für die wirtschaftliche Wertschöpfung im Bereich der Kreativwirtschaft liegen und wie viele Arbeitsplätze sich hier generieren lassen. Viele fragen sich, um welche Branchen es sich dabei genau handelt und wo es Verbindungen zu anderen Wirtschaftszweigen Berlins - zum Dienstleistungsgewerbe, zur Forschung oder zur Industrie gibt.

Ingrid Walther, Referatsleiterin Medien, Informations- und Kommunikationswirtschaft beim Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen erläuterte, dass Kreativwirtschaft der Kern des Clusters Kommunikation (mit u.a. IT, Nachrichtentechnik, Hardwareberatung, DV-Dienste), Medien (mit u.a. Marktforschung) und Kulturwirtschaft ist und aus der darstellenden Kunst, dem Kunstmarkt, der Architektur und dem kulturellen Erbe sowie der Musik, dem Film und TV, Buch- und Pressemarkt, Werbung, PR und Software, Multimedia, Internet, TK besteht.

Zur Zeit gibt es in Berlin in diesem Bereich 24.600 Unternehmen mit ca. 189.000 Beschäftigten und 20,7 Mrd.€ Umsatz. Die größten Wachstumsbereiche sind im Kunstmarkt, dem Buch- und Pressemarkt, der Software/Multimedia, der Telekommunikation und Film- und TV-Wirtschaft zu verzeichnen. Für die globale Kreativindustrie zählt Deutschland nach China, USA, Japan und vor England und Indien zu einem der wichtigsten Länder in den kommenden fünf Jahren.

Kirsten Niehuus, Geschäftsführerin Filmförderung der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, berichtete am Beispiel des letzten oskargekrönten Films „Die Fälscher“, der in Babelsberg gedreht worden ist, über die Filmförderung. Aus ihrer Sicht ist Film die „Mutter der Kreativwirtschaft“ und die optimale Mischung zwischen Kreation und wirtschaftlicher Auswertung. So habe der mit vielen Preisen ausgezeichnete Film „Das Leben der anderen“ mit zwei Millionen Euro vergleichsweise wenig gekostet. Ein Film ist attraktiv für die Region, in der er gedreht wird, nicht nur weil die Akteure hier arbeiten, sondern auch weil viele andere Gewerke Aufträge

erhalten (Hotels, Maskenbildner, Caterer u.s.w.). Nach der Wende gab es kaum Filmproduktion in Berlin. Dies hat sich sehr verbessert, insbesondere deshalb, weil die Infrastruktur hier vorhanden ist, es gibt den Sog Berlins für Kreative, die sich auch von Politik angezogen fühlen. Und die deutsche Filmförderung hat einen großen Beitrag hierfür geleistet: Für die Ausgabe von 1 Million Euro in Deutschland für Filmarbeiten, gibt es 200.000,- Euro vom Bundesministerium für Finanzen.

2007 ist die Branche geradezu explodiert. 11 Filme wurden in Babelsberg gedreht. Hiervon profitiert auch Berlin. Das Leistungsniveau der deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist sehr hoch. Die amerikanischen Filmemacher greifen immer mehr auf deutsche Mitarbeiter zurück und bringen sie nicht mehr aus USA mit. Sehr erfolgreich läuft derzeit der Film „Keinohrhasen“.

Jürgen Grothues von der grothues-designconsult, stellvertretender Vorstandsvorsitzender Allianz deutscher Designer (AGD) und Vertreter der deutschen Designverbände auf europäischer Ebene im BEDA berichtete, dass die Designwirtschaft überwiegend aus Selbstständigen, meist Mikrounternehmen, besteht. Sein Verband unterstützt diese Unternehmen und hat auch einen Tarifvertrag. Bei der Ermittlung der angemessenen Vergütung für Designleistungen wird sehr häufig auf diesen Tarifvertrag zurückgegriffen.

Anhand zweier Statistiken stellte er dar, dass seine Branche wirtschaftlich sehr gut aussieht, sie liegt zwischen den Ergebnissen der Chemieindustrie und der Energieversorgung. Urheber erzeugen Inhalte für Handel und Medien, Urheber schaffen einen Mehrwert. Das Design ist der Wachstumsmotor der Kreative Industries.

Jürgen Grothues forderte eine angemessene Vergütung im Bereich der Designerleistungen und Lösungen für Probleme mit dem Urheberrecht. Die Abgabepflichtungen werden nicht immer ernst genommen. Der Organisationsgrad ist sehr schlecht. Grothues schlug die Schaffung ei-



Barbara Loth ist stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende des Fachausschusses Wirtschaft.

nes Kreativparlaments vor und wies auf den Dachverband Initiative Deutscher Kreativwirtschaft hin.

Frank Zimmermann, medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, wies auf die Unterstützung der Kreativwirtschaft durch die SPD-Fraktion hin. Die SPD war die Partei, die erstmals die politischen Voraussetzungen geschaffen hat, damit dieser Wirtschaftszweig akzeptiert wird und florieren kann. Die Widersprüche der Stadt würden als Chance und nicht als Nachteil gesehen. Die Internationalität und die kulturelle Vielfalt sei gerade dafür Voraussetzung. Die SPD Berlin hat den produzentenorientierten Standort, den Standort der vernetzten Branchen und digitalen Chancen geschaffen, das Medienboard und den RBB als große Player in diesem Bereich, ebenso das Medianet und andere Einrichtungen, die zu optimalen Rahmenbedingungen geführt haben. Das Hauptaugenmerk muss zukünftig noch mehr auf die kleinen und mittleren Unternehmen gerichtet werden, z.B. bei Gewährung von Mikrokrediten. Bei der Ausbildung muss darauf geachtet werden, dass die zukunftsorientierten Berufe weiter existieren.

Ingrid Walther wies auf die fehlende betriebswirtschaftliche Ausbildung derjenigen, die in der Kreativwirtschaft tätig sind. Hier gäbe es bereits viele Angebote in der Stadt. Die kleinen Firmen müssen in Cluster gebracht und für sie gemeinsame Messeaufträge organisiert werden. Sie betonte die Notwendigkeit, dass weiterhin Kredite ausgereicht und keine Zuschüsse gewährt werden.

Seit Ende letzten Jahres hat sich eine Art Kreativparlament zusammengesetzt, deren Teilnehmer sich gemeinsam mit Politik und Verwaltung treffen um aktuelle Probleme zu besprechen.

Petra Müller, Geschäftsführerin Standortmarketing der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, ist der Ansicht, dass das Wichtigste, das man tun kann, das „An die Hand nehmen“ ist. Das würde vielen kleinen kreativen Unternehmen helfen. Förderpolitik muss sich darauf einstellen, dass wir langfristig in Berlin Kleinstunternehmen haben, wir brauchen Existenzgründungsberatung. Wichtig ist auch die Sensibilisierung von Auftraggebern dahin, dass kreative Leistungen für sie notwendig sind.

Alle sind sich einig, dass wir Lotsen für die Kreativen, eine Ausbildungsoffensive in diesem Bereich und die Sensibilisierung der großen Unternehmen für das Kreative brauchen.

Barbara Loth □

## FRAKTION INTERN

**Material zum Volksentscheid.** Beim Volksentscheid zu Tempelhof am 27. April können nun auch die Befürworter eines flugfreien Tempelhoofs in der öffentlichen Debatte stärker mitmischen: Tausende Plakate mit dem Statement "NEIN! zum Flugbetrieb in Tempelhof" hängen in ganz Berlin, der Internetauftritt [www.tempelhof-flugfrei.de](http://www.tempelhof-flugfrei.de) ist online. Von der SPD-Fraktion gibt es einen ansprechenden Flyer, der von BBI über Anwohnerschutz bis zum Thema Nachnutzung alle wichtigen Informationen für die Bürgerinnen und Bürger zusammenfasst.

Außerdem erscheint von der SPD-Fraktion Ende des Monats die neue Ausgabe von Fraktion Direkt, die sich ausschließlich diesem Thema widmet. Neben den wichtigsten Argumenten aus der Entschließung des Abgeordnetenhauses porträtiert sie die Zukunft des Tempelhofer Feldes als urbanes Zentrum. Grafiken illustrieren, dass dort Stadt und Natur verzahnt und Arbeitsplätze, Wohnraum, Sport- und Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden. Dr. Rainer Schwarz, der Geschäftsführer der Berliner Flughäfen, stellt die Entwicklungen am Flughafen BBI dar und Michael Müller spricht sich in seinem Kommentar für ein flugfreies Tempelhof aus. Er kommt zu dem Schluss, dass keine ökonomischen, ökologischen und keine rechtlichen Argumente für das Offenhalten des Flughafens Tempelhof sprechen und kündigt an: "In Tempelhof entsteht ein Stück neues Berlin."

➔ Flyer und April-Ausgabe von Fraktion Direkt können auch in großen Stückzahlen über die Pressestelle der SPD-Fraktion bezogen werden: Tel. 23 25 22 40

**Gleichstellung im Beamtenrecht.** In Berlin ist der Weg frei für die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht. Mit der Regelung, die nach dem Willen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zügig das Parlament passieren soll, werden noch bestehende Ungleichbehandlungen im Beamtenrecht von Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe beendet. Die Koalition, so der SPD-Abgeordnete Thomas Kleineidam, wird dafür sorgen, dass das Landesbesoldungsgesetz entsprechend geändert wird. Damit wird der Familienzuschlag auch Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern gewährt, die in Lebenspartnerschaften zusammenleben. Auch die Hinterbliebenenversorgung wird entsprechend angepasst. Gleiches ist bisher nur in der Hansestadt Bremen der Fall. Berlin wird damit seinem Ruf gerecht, eine tolerante und weltoffene Stadt zu sein, in der Lesben und Schwule die gleichen Rechte haben wie alle anderen Berlinerinnen und Berliner auch. **TM** □

## „Ehrbare Kaufleute“ schützen

Selbständige in der Spandauer SPD mit ehrgeizigen Zielen

**Der „Ehrbare Kaufmann“ soll wieder ein Begriff werden - das hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) in der Spandauer SPD auf die Fahnen geschrieben.**

Nach der Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden der AGS in Spandau, der Außenhandelskauffrau Angelika Syring, wurden vom neuen Vorstand die Schwerpunkte der AGS-Arbeit in den nächsten Monaten festgelegt. So sollen mangelnde Wirtschaftskennntnisse von Richtern und Anwälten, die zu krassen Fehlurteilen führen, thematisiert werden. Eklatante Fälle werden aufgegriffen und publik gemacht. Hierzu bittet die AGS Spandau, kleine und mittlere Unternehmen von ihren Erfahrungen in der Justiz und den Behörden zu berichten.

Besondere Aufmerksamkeit wird Klein- und Kleinstbetrieben, die in Berlin überwiegen, geschenkt. Diese sollen beispielsweise durch Mikrokreditprogramme gestärkt werden. Diese Programme werden gemeinsam mit der Politik erarbeitet.

Die Visitenkarten Berlins, das Wissen-

schaftszentrum Adlershof und der Flughafen BBI/Schönefeld werden zunehmend auch für mittelständische Unternehmen zu Partnern. Hier sieht vor allem der Landesvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft Ansatzpunkte für neue Felder der Zusammenarbeit mit Teilen der Berliner Wirtschaft.

Der Werteverfall in Teilen von Gesellschaft und Wirtschaft wird ebenfalls Gegenstand der künftigen Arbeit der AGS Spandau sein. Hier wird es unter anderem auch um das Postulat des „ehrbaren Kaufmanns“ gehen. Wie bisher wird die Zusammenarbeit mit dem Ausland zu den Schwerpunkten der Spandauer AGS gehören. Neben den etablierten Länderkreisen Russland und Polen, in denen aktuelle wirtschaftliche Vorgänge behandelt werden sowie auf Geschäftsmöglichkeiten hingewiesen wird, stehen als Geschäftspartner die Länder Weißrussland (Belarus), die Ukraine sowie Aserbaidschan im Focus der AGS Spandau. **PM** □

➔ Kontakt: 333 71 65 (SPD Spandau)  
Mail: [ags-spandau@online.de](mailto:ags-spandau@online.de)

## Jenseits von Eden?

Bildungspolitische Veranstaltungen der ASF-Tempelhof-Schöneberg

**Von paradisischen Zuständen in der Bildung kann noch keine Rede sein, aber die Berliner Bildungslandschaft befindet sich im Umbruch. Eine Veranstaltungsreihe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Tempelhof-Schöneberg spürt den Veränderungen und den Auswirkungen auf Mädchen und Frauen jetzt nach.**

Kindertagesstätten sind keine „Aufbewahrungsanstalten“ für Kinder mehr, sondern sind zu Lehr- und Lerneinrichtungen gewachsen. Gemeinschafts- und Gesamtschulen wirken der sozialen Segregation entgegen, die das dreigliedrige Schulsystem mit sich bringt. Gesteigerte Anforderungen der Wirtschaft an Azubis und der krasse Mangel an Ausbildungsplätzen sind ein Paradoxon, das es von der Politik zu bewältigen gilt.

Die Hochschulen stehen mit der Umstellung auf die Abschlüsse zum Bachelor und Master neuen Herausforderungen bevor. Wissen ist ein wertvolles Gut und die Weiterbildung für das berufliche Fortkommen unerlässlich geworden. Bei all diesen Veränderungen stellt sich die Frage, ob auch die Belange von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern bei der Konzeption bedacht wurden und in wie fern unser heutiges Bildungssystem von geschlechtsspezifischem Denken geprägt ist.

Die nächsten Termine der ASF-Veranstaltungsreihe „Jenseits von Eden?“:

3. April: Kind und Karriere: Alles eine Frage der Organisation? Wie verknüpft man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der vorschulischen Erziehung? Referentin: Angelika Schöttler, Bezirksstadträtin für Familie, Jugend und Sport in Tempelhof-Schöneberg.

8. Mai: Schulhofgeschwätz! An welchen Belangen orientiert sich die Berliner Schulpolitik? Referentin: Monika Buttgeriet, Vorsitzende des SPD Arbeitskreises Stadt des Wissens.

22. Mai: Sondertermin - Museumsführung „Frauen in der Malerei“ Treffpunkt 18:45 Uhr Gemäldegalerie (Kulturforum) neben der Neuen Nationalgalerie (S+U Potsdamer Platz). Teilnehmerinnenzahl ist begrenzt. Eine Anmeldung per Email bei [marijke.hoeppner\(at\)asf-ts.spd-berlin.de](mailto:marijke.hoeppner(at)asf-ts.spd-berlin.de) Teilnahmebetrag: 2,50 EUR.

Weitere Veranstaltungen finden am 12. Juni, am 10. Juli sowie am 18. September statt.

Die Termine sind parteiöffentlich und richten sich an Frauen, Beginn ist jeweils um 19:30 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2047 (U Rth. Schöneberg, S Schöneberg, S Innsbrucker Platz, Bus Rth. Schöneberg). **PM** □

➔ [www.spd-tempelhof-schoeneberg.de](http://www.spd-tempelhof-schoeneberg.de)



Rosen für die Verkäuferin: Zum Internationalen Frauentag am 8. März verteilte die Berliner SPD mehr als 16.000 Rosen an über 60 Standorten in der ganzen Stadt. Mit einer Sonderausgabe der SPD-Wochenzeitung „Berliner Stimme“, die in 30.000 Exemplaren verteilt wurde, informierten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die Erfolge und künftigen Ziele in der Frauenpolitik, aber auch über die Haltung der SPD zur weiteren Nutzung des Flughafens Tempelhof. Die SPD Mitte bedachte bei ihrer Verteilaktion in der Moabiter Turmstraße auch die Mitarbeiterinnen in den Geschäften, die an diesem Tag arbeiten mussten. Foto: Heiko Hanschke

## Wahlen, Wahlen, Wahlen

Ergebnisse aus Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften

**Derzeit finden in Abteilungen und Kreisen der Berliner SPD Vorstandswahlen statt. Einige der uns mitgeteilten Ergebnisse:**

Als erster Kreis hat die **SPD Friedrichshain-Kreuzberg** ihren Vorstand gewählt. Mit Mehrheiten über 90% wurde ein neuer GKV gewählt, dem Jan Stöß als neuer Kreisvorsitzender vorsteht. Die bisherige Kreisvorsitzende Silke Fischer ist neben Björn Eggert und Canan Bayram (MdA) stellvertretende Vorsitzende. Alexandra Kast und Jens Fischer runden den neuen GKV als Schriftführerin bzw. Kassierer ab.

Der dienstälteste SPD-Abteilungsvorsitzende im Bezirk Pankow, Alex Lubawinski, wurde von den Mitgliedern aus **Niederschönhausen und Blankenfelde** wiedergewählt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Torsten Hofer im Amt bestätigt, neuer Stellvertreter wurde Uwe Vogel, bisher Beisitzer im Vorstand. Mit der Kassenführung wurde erneut Alexander Schmidt betraut, Angelika Stroh-Purwin wurde in

ihrem Amt als Schriftführerin bestätigt.

Neuer Vorsitzender der **SPD Falkplatz-Arnimplatz** in Pankow ist Markus Roick, von 2006 bis 2008 Schriftführer der Abteilung. Stellvertretende Vorsitzende sind Rona Tietje, Michel Breitingen und Martina Krahl. Kassiererinnen sind Marina Pechardscheck, Schriftführer Daniel Moll.

Die **SPD Abteilung Zehlendorf-Süd** hat David Scheffel zum Abteilungsvorsitzenden gewählt, Irene Köhne, Bettina Kirsch und Manuel Baumann zu stellvertretenden Abteilungsvorsitzenden. Michael Rosenberg ist Kassierer, Ingrid Sopp Schriftführerin.

Bei den Wahlen zum **AfA-Landesvorstand** wurde der bisherige Landesvorsitzende Christian Hass bestätigt. Seine Stellvertreter/innen sind Klaus Eisenreich, Annegret Hansen, Frank Kirstan und Rolf Wiegand. Rolf Wiegand wird die AfA weiterhin im SPD-Landesvorstand vertreten.

➔ Weitere Ergebnisse bitte an: berliner.stimme@spd.de

## „Mehr Demokratie wagen“

Willy Brandt und die Außerparlamentarische Opposition

**Das Verhältnis der SPD und Willy Brandts zur APO ist Thema einer Veranstaltung des August-Bebel-Instituts am 24. April.**

1968 war Willy Brandt Außenminister der Großen Koalition in Bonn. Sein Nachfolger als Regierender Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, musste nach den Vorgängen bei den Studentenprotesten anlässlich des Schah-Besuchs vom 2. Juni 1967 zurücktreten. Dessen Nachfolger Klaus Schütz ging mit den – auf die protestierenden Student/innen gemünzten – Worten „Ihr müsst diesen Typen nur ins Gesicht sehen“ in die Geschichte ein. War die SPD also eine Partei, die der APO feindlich gegenüber stand? Denn auch Willy Brandt trat den Gegnern des Staates unversöhnlich gegenüber; der Extremistenerlass von 1973 fiel in seine Amtszeit als Bundeskanz-

ler. Brandt sprach sich schon 1968 aber auch dafür aus, die positiven Impulse des Protests aufzunehmen. Mit dem Satz „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ konnte er in den siebziger Jahren einen großen Teil der Protestbewegung in die SPD integrieren. Die ABI-Veranstaltung will eine differenzierte Debatte über das Verhältnis staatstragender Politiker zu radikalen Kritikern und über die Möglichkeiten und Grenzen eines produktiven Austauschs beider Seiten führen. Als Zeitzeugen sind u.a. Dr. Klaus Schütz, 1967-1977 Regierender Bürgermeister von Berlin (West), und Prof. Dr. Peter Brandt, 1968 führendes Mitglied des Spartacus-Bundes in Berlin dabei. **PM** □

➔ Do 24. April, 18–21 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, Berlin-Kreuzberg, Anmeldung bis 15. April unter 4692 120.

Kongress:

## Kommunales Familientreffen

„Demokratische Gemeinde“

lädt nach Berlin

„**DEMO**“, die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik aus dem Berliner Vorwärts-Verlag, lädt am 5. und 6. Juni zum großen Kongress nach Berlin. „**Kommunalpolitik besser machen**“ heißt das Motto.



„Wer wissen will, was moderne Kommunalpolitik ist, der erfährt es auf dem 3. Kommunalkongress der DEMO“, so Stefan Grönebaum, Chefredakteur der Zeitschrift „DEMO“.

Nach einem erfolgreichen 2. Kongress Ende November 2007 geht es diesmal am ersten Tag um das Thema „Die Bürgerkommune schaffen“ und am zweiten Tag um die „Daseinsvorsorge für das 21. Jahrhundert“. Dabei tauschen sich Spitzenpolitiker/innen aus EU, Bund und Ländern, vor allem aber aus Kommunalpolitik, -verwaltung, -wirtschaft und -wissenschaft über aktuelle Herausforderungen für die Kommunalpolitik aus. Grönebaum: „Das Interesse ist schon jetzt groß und auch an den namhaften Zusagen ablesbar. Nicht zuletzt aber ist der „DEMO-Kommunalkongress“ mit rd. 500 Teilnehmern/innen eine der größten Kontakt- und Austauschgelegenheiten dieses Jahres für die kommunale Familie.“

Erwartet werden zum ersten Kongresstag u.a. der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Dr. Peter Struck, sein französischer Amtskollege und Bürgermeister von Nantes, Jean-Marc Ayrault, der Münchner OB und Präsident des Deutschen Städtetags, Christian Ude, sowie der Dortmunder OB und Bundes-SGK-Vorsitzende Dr. Gerhard Langemeyer. Am zweiten Tag sprechen der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und SPD-Vorsitzende Kurt Beck und es diskutieren der Vorsitzende der SPD-Gruppe im Europaparlament, Bernhard Rapkay, MdEP, sowie der Hannoveraner OB und Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Stephan Weil, miteinander. Nachmittags veranstaltet die Bundes-SGK mit erfahrenen Trainern Praxisworkshops zum Thema „Wahlen gewinnen“. **PM** □

➔ Anmeldungen: Telefon: 030/255 94-155, www.demo-online.de,

Gesundheit:

# Pflege nachhaltig verbessert

Mechthild Rawert: „Bürgerversicherung Pflege“ bleibt das Ziel für die Zeit nach 2009

**Nach zähem Ringen hat sich die SPD in wesentlichen Bereichen durchgesetzt: Das „Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“, das am Freitag im Bundestag zur Abstimmung stand, bringt einige Verbesserungen.**

Für die Pflegebedürftigen, die würdevoll möglichst lange zu Hause leben wollen, beschließen wir zahlreiche Leistungsverbesserungen. Dazu zählt die Einführung einer Pflegestufe „o“ bei erheblichem Betreuungsbedarf wie z.B. bei Demenzerkrankten. Wir erhöhen schrittweise die Sachleistungsbeiträge der Pflegestufen I bis III.

Für Menschen, die palliativ versorgt werden, verkürzen wir die Begutachtungsfrist und führen einen Anspruch auf Kurzzeitpflege für pflegebedürftige Kinder in kindergerechten Einrichtungen ein. Schlechte Pflege in Heimen muss unterbunden werden: Wir verpflichten den Medizinischen Dienst, Einrichtungen jährlich unangemeldet zu besuchen, wir erhöhen die pflegewissenschaftlichen Anforderungen an die Qualitätsprüfung und die Qualitätssicherung; stationäre Einrichtungen können eine eigene HeimärztIn einstellen.

Zukünftig werden in der pflegerischen Versorgung sowohl geschlechterspezifische Unterschiede als auch kulturell bedingte unterschiedliche Bedürfnisse stärker berücksichtigt. Letzteres geschieht auf meine Initiative hin. Leider gilt kein individueller Rechtsanspruch, dennoch aber werden diese Bestimmungen des § 1 unweiger-



Engagiert im Gesundheitsausschuss des Bundestages: Mechthild Rawert. Foto: SPD

## Stichwort: Pflegestützpunkte

Knapp drei Millionen Euro kann das Land Berlin vom Bund maximal für die Einrichtung von Pflegestützpunkten erhalten. Damit könnten bis zu 59 Pflegestützpunkte errichtet werden. Insgesamt stellt der Bund 60 Millionen Euro als Anschubfinanzierung bis 2011 zur Verfügung. Die Zuteilung der Mittel an die Länder erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel, ein Instrument für den finanziellen Ausgleich, das ursprünglich für Großvorhaben im Forschungsbereich angewendet wurde und sich mittlerweile in vielen anderen Politikbereichen durchgesetzt hat. Der Schlüssel berechnet sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen der Länder sowie zu einem Drittel aus deren Einwohnerzahl. □

lich zu einer Qualitätsverbesserung der Pflege beitragen.

Die Einrichtung von Pflegestützpunkten war bis zum Schluss eine Sollbruchstelle. Nun liegt die Verantwortung zu ihrer Einrichtung entscheidend bei den Ländern. Wollen die Länder Pflegestützpunkte, dann müssen sie von den verschiedenen Pflegekassen eingerichtet werden. Dazu müssen sie einheitliche und gemeinsame Vereinbarungen treffen. Das Geld für die Stützpunkte wird von den Ländern und den Pflegekassen bereitgestellt.

## ANSPRUCH AUF INDIVIDUELLE HILFE

Alle Versicherten erhalten einen Anspruch auf eine unabhängige individuelle Beratung und Hilfestellung. Die von uns gewollten PflegeberaterInnen werden je nach individuellem Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsbedarf als „Lotsen“ durch die bundes- oder landesrechtlichen Sozialleistungen und sonstigen Hilfsangebote navigieren.

Die Union wollte unserer Forderung nach einer kurzzeitigen bezahlten Freistellung von bis zu 10 Tagen bei kurzfristig auftretender Pflegebedürftigkeit nicht nachkommen.

Von vornherein aussichtslos war die Durchsetzung der von allen finanzierten solidarischen Bürgerversicherung Pflege - unser Ziel für nach 2009.

**Mechthild Rawert** □

Arbeit:

# Zimmerputzen für 60 Cent

DGB-Chef Dieter Scholz: Beschäftigte müssen am Aufschwung teilnehmen

**Als „tarifpolitischen Skandal erster Güte“ hat der DGB-Vorsitzende Dieter Scholz Stundenlöhne für Zimmerfrauen in Nobelhotels von 2 Euro 50 bezeichnet. Pro gesäubertes Zimmer werde sogar nur 60 Cent bezahlt, so Scholz auf der Delegiertenversammlung der Gewerkschaft NGG in Berlin.**

Wer Tarife unterlaufe und Mitarbeiterinnen mit Almosen abspeise, handele verantwortungslos. Wer mit Niedriglöhnen kalkuliere und darauf setze, dass der Staat dem Arbeitnehmer einen Zuschuss in Form von Sozialhilfe gewährt, habe die Rechnung ohne den Wirt gemacht, sagt der DGB-Vorsitzende. Die Beschäftigten müssten von ihren Löhnen menschenwürdig leben können. 30 Prozent der Arbeitneh-

merinnen müssten in Berlin bereits mit Löhnen von weniger als 900 Euro im Monat auskommen.

Zur aktuellen Tarifrunde sagte DGB-Chef Scholz, der Aufschwung sei an den meisten Beschäftigten im Land vorbeigegangen; die Nettolöhne seien sogar um 3,5 Prozent gesunken. Es fehle an Schubkraft für die Binnennachfrage. Zudem lägen die Durchschnittseinkommen in Berlin rd. 20 Prozent unter Westniveau. Gleichzeitig seien die Gewinne der Unternehmen um 25 Prozent explodiert. Scholz verwies darauf, dass bspw. ein Prozent höhere Löhne und Gehälter die Kaufkraft der Arbeitnehmer bundesweit um 3,5 Milliarden Euro steigern. „Die Beschäftigten wollen endlich ihr Stück vom Kuchen abhaben und nicht nur mit

Krümeln abgespeist werden“, fordert der DGB-Vorsitzende.

Mehr in der Lohntüte haben bereits die rund 57.060 Reinigungskräfte in Berlin. „Keine Gebäudereinigerin darf jetzt weniger als 8,15 Euro pro Stunde verdienen. Alles andere ist illegal“, sagt Lothar Nätelbusch von der IG BAU Berlin. Für Fensterputzer liege der neue Stundenlohn bei mindestens 10,80 Euro. „Hier handelt es sich um Mindestlohn-Grenzen, die seit Anfang des Monats gelten.“ Das Lohn-Plus mache 3,5 Prozent aus – knapp 50 Euro für die Innenreinigung und gut 60 Euro für die Glasreinigung. Die IG BAU bietet Reinigungskräften bei Lohndrückerei Hilfe per kostenloser Dumpinglohn-Hotline: 0800 – 44 22 802. **PM** □



Mark Rackles:

# Mehrheiten für fortschrittliche Politik

Beck, Ypsilanti und die Linkspartei - weniger ist manchmal mehr

**„Gesellschaftliche Mehrheiten für fortschrittliche Politik finden“ war ein Antrag für den Berliner Landesparteitag überschrieben, mit dem die Berliner SPD-Linke im Juni 2007 eine bundesweite Debatte über die Bündnispolitische Öffnung zur Linkspartei auslöste. Klaus Wowereit nutzte damals einmal mehr die Gelegenheit und wies darauf hin, dass man nicht formelhaft und stur auf Dauer politische Koalitionen ausschließen könne, wenn die Wähler und Wählerinnen linke gesellschaftliche Mehrheiten vorgeben. Die Bundesebene - auch Kurt Beck - wollte damals keine Debatte und Revision der eigenartig anmutenden Argumentation: Kooperation mit der Linkspartei im Osten ja, im Westen nicht und im Bund schon gar nicht.**

Hätte man sich damals planvoll auf eine öffentliche Debatte eingelassen und inhaltlich-politische Kriterien für Bündnispartner definiert, wäre uns allen die aktuelle hochnotpeinliche Debatte um Wortbrüche, Abgeordneten-Mobbing und Führungsqualitäten erspart geblieben.

ABLEHNUNG IST NICHT MEHR  
ZEITGEMÄSS

Die pauschale und undifferenzierte Ablehnung der Linkspartei ist nicht mehr zeitgemäß und die SPD begibt sich mit einer Tabuisierung der Linkspartei in eine gefährliche Glaubwürdigkeitsfalle, auf die Johanno Strasser und andere kürzlich in der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel „Dogmatische Verweigerung schadet uns“ richtig hingewiesen haben.

Weder Ypsilanti noch Beck hätten das aktuelle Problem, wenn sie sich nicht selbst dogmatische Fesseln im Vorfeld der Landtagswahlen angelegt hätten, die sich nicht einfach achselzuckend beiseite legen lassen. Schon gar nicht durch unwürdige Drohgebärden gegenüber Landtagsabgeordneten, die ernstzunehmende Bedenken gegen spontan erscheinende Richtungswechsel artikulieren.

UNVERKRAMPFT IN DIE  
ZUKUNFT

Die hessische SPD hätte dann wahrscheinlich ein paar Prozente weniger, die Hamburger SPD unter Umständen ein paar Prozente mehr erhalten: Die Regierungsverantwortung wäre in beiden Ländern genauso fern wie heute, allerdings hätte man



Mark Rackles ist Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand der Berliner SPD und im Bundesvorstand der SPD-Parteilinken Forum DL21.

politisch mit dem alten Zopf der Schmutdel-Kinder-These aufgeräumt und könnte sich unverkrampft und selbstbewusst der Linkspartei und ihren Wählerinnen und

## Im Wortlaut

**„Der SPD-Parteivorstand bekräftigt:**

Die „Linke“ im Bund  
- weist in zentralen Fragen der Politik unüberbrückbare Gegensätze zur SPD auf, insbesondere in der Außen-, Sicherheits-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.  
- ist ohne Programm, also unberechenbar.

- hat eine Mitgliedsstruktur, die eine verantwortliche Regierungsarbeit unmöglich macht. Darunter sind auch DKP-Mitglieder. Damit ist die unabdingbare Verbindung von Demokratie und Freiheit nicht geklärt.

Die SPD will eine den Grundsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtete Politik. Sie will wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammenfügen. Dabei geht es um realistische Vorschläge in einer globalisierten Welt. Wir kämpfen um die solidarische Mehrheit.“

**Aus dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 25. Februar 2008**

Wählern stellen (wie in Berlin erfolgreich geschehen).

Dieser Enttabuisierungsprozess der Linkspartei wird sich in den westlichen Bundesländern und im Bund auch so vollziehen, da wir weder das sich etablierende Fünf-Parteien-System, noch die Präsenz der Linkspartei in vier westdeutschen Landtagen oder die Koalition in der Hauptstadt und die voraussichtliche Dominanz der Linkspartei jenseits der 30%-Marke in einigen ostdeutschen Ländern ignorieren können.

MIT ETWAS MEHR WEITSICHT

Allerdings hätte man diesen Prozess auch ohne die dramatischen Kollateralschäden für Partei und führende Einzelpersonen gestalten können, wenn diese zentrale strategische Frage der Mehrheitsfähigkeit der SPD mit etwas mehr Weitsicht und weniger Dilettantismus angegangen worden wäre.

PARADIGMENWECHSEL IN  
RICHTUNG SCHWARZ-GRÜN

Dass wir mit unserem hessischen Staatsschauspiel den Hamburgern ermöglichen, im Schatten der Ereignisse einen grundlegenden Paradigmenwechsel der Bündnispolitik in Richtung schwarz-grün vorzunehmen, geht folgerichtig unter.

Immerhin birgt auch diese notwendige Enttabuisierung Chancen für die SPD, die von der endgültigen Entzauberung der Bündnis-Grünen profitieren könnte, indem die SPD für das grüne Klientel jenseits der Öko-Libertären und Wert-Konservativen wieder attraktiver wird.

DIE GESTALTUNGSHOHEIT IM  
FÜNF-PARTEIEN-SYSTEM  
FESTIGEN

Wer allerdings auf keinen Fall mit den Konservativen zusammen kommen will, wird auf eine einzig verbleibende Option zurückgeworfen: die Linkspartei. Ein Grund mehr, das Feld zu ordnen und unsere Gestaltungshoheit als einzige Partei zu festigen, die im Fünf-Parteien-System potentiell mit allen Parteien koalieren kann.

Manchmal ist es klüger, mit weniger Prozenten mehr Koalitionsoptionen und damit Regierungsverantwortung zu erhalten, als sich mit etwas mehr Prozenten in die Selbstisolation zu begeben.

Mark Rackles □

Bildung:

# Erfahrung und Ermutigung

Professor Ulrich-Johannes Kledzik und die sozialdemokratische Bildungspolitik (Teil 5)

**Veränderungen der Schulstrukturen, wie sie mit der Einführung der Gesamtschule gelangen, machten nur einen Teil der bildungspolitischen Debatte aus. Neue Fächer, neue Unterrichtsmethoden hielten Einzug.**

Das seit 1945 in Berlin eingeführte Unterrichtsfach Englisch an Volksschulen wird auch nach der Schulgesetznovelle von 1951 im Westteil der Stadt als gleichberechtigtes Fach beibehalten. An der Polytechnischen Oberschule (POS) der DDR wird Russisch 1. Fremdsprache. Dort wird die „sozialistische Schule“ propagiert, im polytechnischen Unterricht sollen in allen Fächern theoretisch-durchdringendes und praktisch-umgestaltendes Tun miteinander verbunden werden.

Ulrich Kledzik arbeitet im Westteil Berlins am Bildungsplan für die Oberschule Praktischen Zweiges mit. Dessen Festlegungen kennzeichnen seit 1957 das Pflichtfach Englisch an diesem Schultyp. Kledzik: „Die Pflege der Umgangssprache, das Zurechtfinden in Sprechsituationen des täglichen Lebens können jedem Schüler zugemutet werden, wenn der Unterricht vom Hören zum Verstehen, vom Sprechen zum Darstellen, vom Lesen zum Schreiben als direkte Methode angelegt wird.“ Der Verleger Franz Cornelsen sicherte durch neue Unterrichtsmaterialien die bildungspolitischen Zielsetzungen einer Fremdsprache für jeden in Berlin; das British Council und das Amerika-Haus unterstützten die Lehrerfortbildung. „Kontroverse Vorschläge, etwa den Fremdsprachenunterricht zugunsten der Fächer Deutsch und Mathematik wieder aufzugeben, konnten sich nicht durchsetzen. Seit über einem halben Jahrhundert lernt nun jeder Berliner Schüler eine Fremdsprache, zumeist Englisch, aber in Europa-Schulen auch weitere, durch die Internationalisierung unseres Lebens längst bestätigt“, sagt Ulrich Kledzik.

Ende der fünfziger Jahre gibt es an den DDR-Schulen ein neues Fach: Einführung in die sozialistische Produktion (ESP). Ergänzt wird die Theorie durch tageweise Mitarbeit in einem Betrieb, bis 1970 gibt es dazu den Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion (UTP). Qualifizierte Arbeitskräfte sollen frühzeitig erkannt werden.

In der Bundesrepublik empfahl der Deutsche Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen 1964 praktisches Handeln im Lernprozess zu berücksichtigen. Die Grundzüge von Arbeit, Produktion und Dienstleistung sollen in der Schule ange-



„Wählt Arbeitslehre“: Schülerwerbung für das neue Fach.

Foto: Helga Schuhe



*Professor Ulrich-Johannes Kledzik, Jahrgang 1927, arbeitete in Berlin als Lehrer und Schulleiter, von 1963 bis 1990 war er als Oberschulrat und Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Schulwesen u.a. für die Berliner Gesamtschulen zuständig. Lange Jahre hat er sozialdemokratische Bildungspolitik in Berlin mitgestaltet.*

sprochen werden, Schule und Leben sich annähern. „Die Bildungspläne“, so Ulrich Kledzik, „sollen sozusagen als rollende Reform ständig erneuert werden, um die traditionelle Buchschule einzuschränken und zeitnahe Inhalte nicht zu kurz kommen zu lassen. Unter der neuen Fachbezeichnung Arbeitslehre könnten Grundwissen und Einsichten in Wirtschaft, Technik, Haushalt und Berufe in der Schule vor der dann verständigeren ersten Berufswahl angesprochen werden, Inhalte also der uns umgebenden Wirklichkeit, die sich dem Zugriff der traditionellen Einzelfächer unserer Schulen häufig entziehen.“ Noch heute hat Ulrich Kledzik ein Büro an der TU, seit 1980 lehrt er hier als Professor die Didaktik der Arbeitslehre.

„Die Reformanregung aktivierte Schulpädagogen, Wirtschaftsvertreter, Arbeitnehmerverbände, die Berufsberatung der damaligen Bundesanstalt und natürlich die Wissenschaften in allen Bundesländern“, sagt Kledzik. „Eine breite Debatte setzte ein über Zielsetzungen, Fach oder Prinzip, Öffnung der Schulen zur Arbeitswelt, Betriebspraktika, Ausstattung,

Lehrerbildung. Bis heute ist der Komplex ein interessantes Reformfeld - mit Ausnahme der Gymnasien - geblieben, wenn auch unter verschiedenen Fachbezeichnungen.“

Als im Westteil Berlins für die neuen Gesamtschulen auch neue Gebäude entstehen, nutzt Ulrich Kledzik die Gelegenheit. In den Bildungszentren setzt Berlin ein Beispiel für Ausstattung, Labors und Technik, um die Projekte der Arbeitslehre, begleitet vom Fachmoderator im damaligen Pädagogischen Zentrum und den Lehrerbildnern an PH und TU, für eine stark motivierte Schülerschaft pädagogisch qualifiziert zu halten.

Kledzik leitete die Kommission Lernfeld Arbeitslehre der Kultusministerkonferenz zwischen 1984 und 1987, konnte jedoch mit dem Land Berlin gegen das Votum von Bayern und Baden-Württemberg keinen Empfehlungsbeschluss für alle Bundesländer erreichen. „Der Impuls blieb nicht ohne Rückschläge“, sagt Kledzik. 1991 strich der damalige Schulsenator Kleemann das Fach Technik in der 5. und 6. Klasse der Grundschule, seit einem Jahr sind die Unterrichtsstunden des Faches Arbeitslehre im Pflichtunterricht der Berliner Gesamtschulen mit Ausnahme von einer Wochenstunde in der 9. Klasse gestrichen worden, um das Fach Ethik als verbindliches Fach in der Studententafel platzieren zu können; auch der Wahlpflichtunterricht vermindert sich. Kledzik: „Die rollende Reform der Inhalte und Kompetenzziele von Schule rollt also - auch sehr strittig - weiter!“

BS □

**Letzter Teil nächste Ausgabe**



Vor 75 Jahren:

# „... die Ehre nicht“

## Siegfried Heimann: Otto Wels und das Nein der SPD zum Ermächtigungsgesetz (Teil 2)

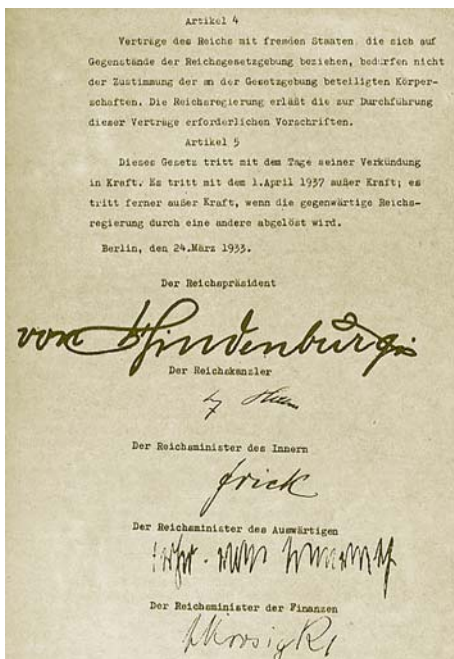
Am 23. März jährt sich zum 75. Mal der Jahrestag der berühmten Rede von Otto Wels, 1933 Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, mit der er das Nein der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz der Nazis begründete. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, so Wels. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir den zweiten Teil des Beitrags von Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD.

„Republik - das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, hieß es zwar bei vielen Maidemonstrationen der SPD, d.h. sie wollte immer auch mehr, aus der demokratischen Republik sollte eine demokratische sozialistische Republik werden, aber 1933 schließlich war sie es nur noch allein, die die Übergabe der politischen Macht der Republik an die Nazis im Reichstag verweigerte. Die Verweigerung im Reichstag auch offen auszusprechen war Sache des Fraktionsvorsitzenden Otto Wels. Und er übernahm trotz aller Drohungen der Nazis diese Pflicht ohne Zögern.

Die Rede von Otto Wels am 23. März 1933, mit der er die Ablehnung des sog. Ermächtigungsgesetzes durch die sozialdemokratischen Fraktion begründete, war ein beeindruckendes Zeugnis des Muts und - wie Iring Fetscher in seiner verdienstvollen Veröffentlichung dieser Rede 1993 schrieb: ein Zeugnis der „Zivilcourage eines aufrechten Demokraten“. Schließlich waren von den 120 SPD-Abgeordneten bereits 26 verhaftet, misshandelt und in sog. Schutzhaft genommen worden, Carl Severing und Julius Leber unmittelbar vor Beginn der Reichstagsitzung.

„SICHTLICH TERRORISIERT“

Der britische Botschafter - kein Freund der SPD - beschrieb die im Plenarsaal herrschende Stimmung mit folgenden Worten: Die Sozialdemokraten waren „sichtlich terrorisiert. Sie wurden rechts an der Wand flankiert von Nazis, die offensichtlich gewillt waren, unverzüglich jedes Mitglied der sozialdemokratischen Partei festzunehmen und abzuführen, das eine unerwünschte Äußerung machte. Die Folge davon war, dass Herr Wels ...ein gewisses Maß an Mut bewies, dass er überhaupt zur Rednertribüne ging...“. Wels trat freilich in seiner Rede nicht offensiv auf, wie auch der britische Botschafter monierte. Er versuchte die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes zunächst unter Berufung auf ein Zitat



Von Hindenburg unterzeichnet: das „Ermächtigungsgesetz“. Foto: BS-Archiv

von Hitler über die Außenpolitik zu verkleiden.

In dem Zusammenhang fiel der oft zitierte Satz: „Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos“. Es stammte aus der Stellungnahme der sozialdemokratisch geführten Regierung - und Otto Wels hatte sie mitformuliert - zu den aufgeherrschten Friedensbedingungen im Juli 1919.

„DER VERSUCH, DIE  
SOZIALDEMOKRATISCHE  
BEWEGUNG ZU VERNICHTEN“

Dann aber ging Wels in die Offensive. Er wandte das Zitat an auf die Innenpolitik in Deutschland seit dem 30. Januar 1933, die von Notverordnungen und von damit gerechtfertigten Gewaltexzessen beherrscht war. „Aus einem Gewaltfriede kommt kein Segen, im Innern erst recht nicht“. Er verglich so die als „Gewaltdiktat“ gezeigten Waffenstillstandsbedingungen von 1919 mit dem die Legislative entrechtenden und den Parlamentariern aufgeherrschten Ermächtigungsgesetz. Er verwies darauf, dass Sozialdemokraten behandelt würden, als seien sie vogelfrei. Das Verhältnis der angeblichen nationalen Revolution zum Sozialismus „beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und

auch bleiben wird.“ Wie schon 1919 aber gelte erneut: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“. Und dann kam ein letztes Mal in diesem Reichstag ein eindeutiges Bekenntnis zu der von rechts stets verleumdeten Weimarer Demokratie und zu den Zielen der sozialdemokratischen Partei: „Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“.

AUCH EIN ZEUGNIS DER  
HILFLOSIGKEIT

Am Schluss grüßte er „die Verfolgten und Bedrängten“. Und er schloss seine Rede, vom höhnischen Gelächter der Nazis begleitet: „Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft“. Es sollte lange dauern, bis diese Zukunft eine Chance erhielt. Otto Wels sollte sie nicht mehr erleben.

Die Rede ist aber auch ein Zeugnis der Hilflosigkeit, das darf heute im Rückblick nicht verschwiegen werden. Wels sprach schließlich als Vertreter einer Fraktion, die immer noch eine große Massenpartei repräsentierte, die nicht immer wehrlos gewesen war. Das verweist auf das Verhalten der SPD und von Sozialdemokraten vor 1933 gegenüber der nazistischen Massenbewegung.

Auch hier existieren bis heute Legenden, nicht zuletzt gespeist aus der DDR-Geschichtsschreibung, die der SPD vorwarf, sie habe sich weder theoretisch mit dem „Faschismus“ auseinandergesetzt noch aktiv widerstanden als noch Zeit dafür war.

Beide Vorwürfe sind falsch, aber es bleibt die Frage, ob nicht doch einiges versäumt wurde.

VERSÄUMNISSE RÄCHTEN SICH

Immer wieder in dem Zusammenhang wird der schon zitierte „Preußenschlag“ erwähnt, also die widerrechtliche Absetzung der mehrheitlich sozialdemokratischen preußischen Regierung am 20. Juli 1932 durch die Reichsregierung unter Papen.

Goebbels ist natürlich in seinen öffentlichen Reden kein glaubwürdiger Zeuge,



**Fortsetzung von Seite 11**

aber sein Kommentar zu diesem Ereignis, den er nur seinem Tagebuch anvertraute, hat doch einiges Gewicht. Er notierte am 21. Juli 1932: „Die Roten haben ihre große Stunde verpasst, sie kommt nie wieder.“

Und in der Tat: Das sozialdemokratische Preußen war zu dieser Zeit nicht wehrlos und viele Sozialdemokraten erwarteten einen Ruf ihrer Parteiführung, sich für die Republik aktiv einzusetzen. In Magdeburg, der Hochburg des sozialdemokratisch bestimmten Reichsbanners, waren sich, wie Beatrix Herlemann in einer Darstellung über das Reichsbanner schrieb, der Oberbürgermeister Ernst Reuter, der Polizeipräsident Baerensprung und der Reichsbannerführer Höltermann - alles Sozialdemokraten - einig darin, „die Magdeburger Bereitschaftspolizei und das ihm als Hilfstruppe unterstellte Reichsbanner nach Berlin in Marsch zu setzen“. Es kam nicht dazu, und das Zögern der Parteiführung, nicht zuletzt auch von Otto Wels, hatte sehr ehrenwerte Gründe: Ein Blutbad sollte vermieden werden, da sicher die Reichswehr - ein Hort der Reaktion geblieben auch wegen sozialdemokratischer Versäumnisse - eingesetzt worden wäre.

Eine Lehre bleibt deshalb vor allem: Es gilt, sich zu wehren auch und gerade gegen mächtige Feinde der Demokratie, solange dazu Zeit ist und es gilt, dabei nicht zögerlich zu sein. Für die heutige Zeit freilich gilt auch, nicht durch falsche Analogien mit der Geschichte sich der Analyse der heutigen Gefahren für die Demokratie und ihrer Ursachen zu enthalten.

**DIE GESCHICHTE LIEFERT KEINE PATENTREZEPTE**

Aus der Geschichte lernen - wenn denn dies überhaupt möglich ist - heißt auf keinen Fall, aus der Geschichte Patentrezepte für heutige Probleme zu beziehen. Insofern gilt auch, was Willy Brandt in seiner Erinnerung an den 100. Geburtstag von Otto Wels 1973 sagte. Er wies zunächst noch einmal auf eine Erfahrung hin, die Otto Wels zu Recht immer wieder betont habe: „Die Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus sind unverwischbar“ und Willy Brandt ergänzte als Lehre aus diesem Satz für die Sozialdemokratie der siebziger Jahre: „Anhänger der Diktatur - gleich welcher Färbung - haben bei uns keinen Platz“.

Aber er fügte in der ihm eigenen gelassenen Art hinzu: „Üben wir doch etwas mehr Gelassenheit im Umgang mit Menschen, die ihr Heil im Kommunismus dieser oder jener Prägung suchen, praktizieren wir etwas weniger Hysterie... Vor allem sollte man auch vor Verallgemeinerungen auf der Hut sein und nicht schon jede radikaldemokratische Position als kommunistisch oder extremistisch abqualifizieren“.

**ENTSCHEIDENER WIDERSTAND**

Die Grenze freilich, ab der Demokraten Nein sagen müssen, darf dabei nicht aus dem Auge verloren werden. Otto Wels hat es kurz vor seinem Tode im September 1939 im Exil in einem Aufruf zum Kriegsausbruch am 1. September 1939 mitformuliert: Gegenüber der nazistischen Gewaltherrschaft gilt es, einen Frieden zu gewinnen, „der die Gewaltakte Hitlers wiedergutmacht, dem totalitären System ein Ende setzt und dem deutschen Volke - wie allen vergewaltigten Völkern - Recht und Freiheit wiedergibt“.

Kein fauler Kompromiss also, sondern entschiedener Widerstand, wo die Grenze überschritten ist. **Siegfried Heimann** □

# Mutige Berliner Sozialdemokraten

## Sie stimmten gegen das „Ermächtigungsgesetz“

**Am 5. März 1933 wurden 120 Abgeordnete für die SPD in Reichstag gewählt. An der Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933 nahmen 94 teil. 26 waren bereits geflüchtet, verhaftet oder hatten sich „krank“ gemeldet.**

Aus den Berliner Wahlkreisen stimmten mit „Nein“:

○ Siegfried Aufhäuser (Augsburg 1.5.184 – Berlin 6.12.1969, wohnte 1933 Grunewald Forst [Eichkamp], Zikadenweg 72),

○ Clara Bohm-Schuch (Stechow/Haveland 5.12.1879 – Berlin 6.5.1936, wohnte Johannisthal, Breiter Weg 22),

○ Carl Litke (1897 – 1962, wohnte S 59 [Kreuzberg], Böckhstraße 21, 1946 SED),

○ Erich Lübbe (Berlin 22.11.1891 – Berlin 15.2.1977, wohnte Charlottenburg, Ilsenburg Straße 13, 1946-48 SED).

- Arthur Crispian (Königsberg/Ostpreußen 4.11.1875 – Bern 29.11.1946, wohnte Zehlendorf, Hochwildpad 2) nahm an der Abstimmung nicht teil. Er war bereits nach Österreich geflohen.

Eine Reihe weiterer Abgeordneter der SPD wohnte damals in Berlin, kandidierte aber in anderen Wahlkreisen:

○ Ernst Heilmann (Berlin 13.4.1881 – KZ Buchenwald 3.4.1940, WK Frankfurt/Oder, wohnte Wilmersdorf, Güntzelstraße 9),

○ Marie Juchacz (Landsberg/Warthe 15.3.1879 – Düsseldorf 28.1.1956, WK Potsdam I, wohnte Köpenick, Alte Dahlwitzer Straße [Schmausstraße] 83),

○ Franz Künstler (Berlin 13.5.1888 – Berlin 10.9.1942, Vorsitzender des SPD-Bezirks Groß-Berlin, WK Potsdam II, wohnte Neukölln, Weigandufer 16),

○ Paul Löbe (Liegnitz 14.12.1875 – Bonn 3.8.1967, WK Breslau, wohnte Wilmersdorf, Rudolstädter Straße 11),

○ Anna Nemitz (Bromberg 3.1.1873 – Berlin 6.10.1962, WK Liegnitz, wohnte Köpenick, Alte Dahlwitzer Straße [Schmausstraße] 38),

○ Johannes Stelling (Hamburg 12.5.1876 – Berlin 21./22.6.1933, WK Oppeln, wohnte Köpenick, Dahlwitzer Straße [Stellingdamm] 36, wurde in der „Köpenicker Blutwoche“ ermordet),

○ Friedrich Stampfer (Brünn 8.9.1874 – Kronberg/Taunus 1.12.1957, Reichswahlliste, wohnte Tempelhof, Hohenzollernkorso 18c),

○ Otto Wels (Berlin 15.9.1873 – Paris 16.9.1939, WK Frankfurt/Oder, wohnte Friedrichshagen, Rahnsdorfer Straße 23),

○ Rudolf Wissell (Göttingen 9.3.1869 – Berlin 13.12.1962, WK Potsdam I, wohnte Friedrichsfelde, Fürst-Hohenlohe-Straße [Lincolnstraße] 19).

- Rudolf Breitscheid (Köln 2.11.1874 – KZ Buchenwald 24.8.1944, WK Potsdam I, wohnte Schöneberg, Haberlandstraße 5), nahm an der Sitzung als „krank“ nicht teil.

Ebenso „krank“ gemeldet waren Kurt Löwenstein (Bleckede/Elbe 18.5.1885 – Paris 8.5.1939, WK Potsdam II, wohnte Neukölln, Geygerstraße 3) und Philipp Scheidemann (Kassel 26.7.1865 – Kopenhagen 29.11.1939, WK Hessen-Nassau, wohnte Charlottenburg, Berliner Straße [Otto-Suhr-Allee] 66). Breitscheid war bereits in die Schweiz geflüchtet, Löwenstein nach einem bewaffneten SA-Überfall und der Verwüstung seiner Wohnung Ende Februar in die Tschechoslowakei. Dorthin war auch Scheidemann geflohen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spielten folgende Abgeordnete, die alle mit „Nein“ stimmten, in der Berliner Politik eine bedeutende Rolle:

○ Otto Grotewohl (Braunschweig 11.3.1894 – Berlin 23.10.1964, 1933 WK Südhannover-Braunschweig, 1946 SED),

○ Paul Hertz (Worms 23.6.1888 – Berlin 23.10.1961, WK Merseburg),

○ Ernst Reuter (Apenrade 29.7.1889 – Berlin 29.9.1953, WK Magdeburg),

○ Louise Schroeder (Altona 2.4.1887 – Berlin 4.6.1957, WK Schleswig-Holstein).

**Holger Hübner** □

## Gedenken:

# „Sie sollen leben, unsere Freunde, die Feinde“

## Anke Reuther: Zum 150. Geburtstag von Adolph Hoffmann

**In einer Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses am 30. Oktober 1908, von Adolph Hoffmann als Dreiklassenparlament verspottet, stand ein Antrag zur Abstimmung, der 12,5 Millionen Mark aus der Staatskasse für die evangelischen Geistlichen und katholischen Pfarrer bewilligen sollte.**

Zur Sache sprach für die sozialdemokratische Fraktion der Abgeordnete Adolph Hoffmann. Er war bekannt als scharfzüngiger Kirchenkritiker und wortgewaltiger Debattenredner, der mit seinen ironischen Zwischenrufen die Lacher oft auf seiner Seite hatte.

Aber er begann seine Rede ganz brav mit dem Hinweis auf den Punkt 6 des Parteiprogrammes, der von der Gesellschaft die Erklärung der Religion zur Privatsache verlangte und daraus schlussfolgerte: Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken; die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten selbständig ordnen. Also die Forderung der Sozialdemokraten: Trennung der Kirche vom Staat, Trennung zweier Institutionen, die nichts miteinander zu tun haben, richtiger gesagt, nichts miteinander zu tun haben sollten.

Adolph Hoffmann holt dann weit aus (wie ist es in Amerika, Frankreich...) die Glocke des Präsidenten erschallt oft. Hoffmann erörtert die Situation der Volksschulen. Der Präsident ermahnt, zur Sache zu sprechen. Hoffmann untersucht das Verhältnis der Geistlichen zur besitzenden und herrschenden Klasse. Die Glockenklänge und die Ordnungsrufe des Präsidenten erfolgen in kürzeren Abständen. Hoffmann: „Ich glaube ja, dass Ihnen meine Ausführungen unbequem sind“ (Unruhe). Er fordert den Finanzminister zu Erklärungen auf. Zwischenruf: „Ja, muss denn gerade der Zehngebote-Hoffmann sprechen?“ Nach dem 3. Ordnungsruf fragt der Präsident v. Kröcher, den Redner unterbrechend, ob das Haus geneigt ist, den Herrn Abgeordneten Hoffmann in dieser Frage noch weiter zu hören. Er bittet, dass diejenigen Herren sich erheben, welche dem Herrn Hoffmann das Wort entziehen wollen. „Die Mehrheit! Ich entziehe Ihnen das Wort!“

Adolph Hoffmann trat am Sonntag darauf vor das Volk, seine Wähler. Es war eine Protestversammlung. Die Polizei war zur Stelle. Rings um den Feenpalast in der Burgstrasse waren radfahrende Polizeioronnanzen zu sehen. Tausende kamen noch, die keinen Einlass mehr fanden. „Los

### Gedenkveranstaltung

Gemeinsame  
Veranstaltung der  
Historischen  
Kommission der SPD  
Berlin und der  
Freireligiösen  
Gemeinde Berlin  
am **Donnerstag, dem**

**3. April 2008, 18.00**  
Uhr in den

Ausstellungsräumen  
der Freireligiösen  
Gemeinde Berlin,

Pappelallee 15, 10437 Berlin Prenzlauer Berg,  
Begrüßung: Privatdozent Dr. Siegfried

Heimann. Die Vorsitzende der Freireligiösen  
Gemeinde Anke Reuther spricht zu: „Die  
Sozialdemokratie und die Freireligiösen –  
Welche Verbindung gab es zwischen den  
Dissidenten und der Politik?“ Der Schauspieler  
Karl Koch spricht Texte von Adolph Hoffmann.



von der Kirche!“ wurde zur Losung, vom Volksparlament bestätigt. Das war Adolph Hoffmann!

Jahrzehntelang war Hoffmann ein Parlamentarier der Sozialdemokratie, als Stadtverordneter, im Preußischen Landtag und im Reichstag. Sein Thema war die Stellung von Kirche und Religion in der Gesellschaft und die Verwobenheit von Kirche und Staat. Seine Schrift: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“ mit einem Geleitbrief von Clara Zetkin brachte ihm den Beinamen „Zehngebote-Hoffmann“ ein.

Er wurde als uneheliches Kind am 23. März 1858 geboren. Seine Mutter starb bald darauf. Der Vater, ein Beamter, hatte sich durch die Zahlung einer Geldsumme aller Pflichten entledigt. Hoffmann kam in ein Kinderheim, später in die Familie eines Taufpaten. Nach dreieinhalbjährigem Schulbesuch musste er die Schule verlassen, weil der Pflegevater gestorben war. Hoffmann schlug sich bei Binnenschiffern und Holzfällern durch. Mehrere Lehrstellen durchwandernd als Graveur, Vergolder, Buchhandelsgehilfe, in der Textil- und Metallbranche. Die Gewerke und Bedingungen der Arbeiter kannte er gut.

1873 kam er zur Freireligiösen Gemeinde Berlin. Er traf dort auf Sozialdemokraten wie Wilhelm Hasenclever und Johann Most. Hier wurde er auch mit anarchistischem und marxistischem Gedankengut bekannt. Adolph Hoffmann blieb zwar renitent, ging aber mit der Sozialdemokratie den Weg des Parlamentarismus. 1879 heiratete er. Seine Frau brachte vier Kinder mit, zwei Kinder kamen noch hinzu. Bereits 1890 protestierte er gegen die Erteilung

von Religionsunterricht im Rahmen des allgemeinen Schulunterrichts. Damit löste er den sogenannten Schullehrerprozess aus. Über ein Jahrzehnt lang war er mit Anklagen in Sachen Religionsunterricht gegen sich befasst. Er lehnte es ab, seine Kinder zum Religionsunterricht zu schicken. 1881 gehörte Hoffmann neben Ludwig Büchner und Wilhelm Bölsche zu den Begründern des Deutschen Freidenkerverbandes. 1889 war er Teilnehmer am Gründungskongress der II. Internationale in Paris. Er blieb in Berlin trotz seines Engagements in der Sozialdemokratie und für die Entstehung der Freidenker fest in der freireligiösen Bewegung verwurzelt. 1893 wurde er 2. und 1913 1. Vorsitzender der Berliner Gemeinde. Er blieb es bis 1926, als er von Krankheit gezeichnet in seinem Holzhaus in Vogelsdorf bei Berlin lebte. Hier starb er 1930. Trotz seiner intensiven parlamentarischen Arbeit, trotz seines politischen Engagements in der Zeit der Novemberrevolution, trotz seiner kurzzeitigen Tätigkeit als preußischer Kultusminister (1918/19) fand er die Zeit und das zu seinem Naturell unabdingbare Element des Schreibens. Er gründete einen eignen Verlag. Er schrieb Volksstücke (Schwänke, Balladen, Lieder), die in großen Festsälen Berlins aufgeführt wurden. Berliner Witz, Berliner Jargon, die Satire waren seine Gestaltungselemente.

Der Begriff freireligiös ist in der Gesellschaft unbekannt geworden. Ja selbst in der Geschichte der Sozialdemokratie werden die Freidenker eher genannt, obwohl sie erst 1905 in Berlin ihre eigene Organisation gründeten. Die Freireligiösen, mit der Unruhe des Vormärz und der Revolution von 1848 als eigenständige Oppositionsbewegung gegen die Staatskirchen (katholisch/evangelisch) entstanden, verstanden sich als „frei in der Religion!“, also im Gegensatz zur Institution Kirche, nicht zur Religion. Die Berliner Gemeinde wurde 1845 gegründet, also noch vor der Revolution von 1848. Sie wirkte in der Kulturgeschichte Berlins, insbesondere in der Arbeiterbewegung. Aus ihren Reihen heraus entwickelten sich die Freidenker, die sich „ohne Kirche, ohne Religion“ definieren. In Deutschland gibt es heute Freireligiöse und Freidenkerverbände unabhängig voneinander. Bei dem Wort „Jugendweihe“ denken viele Menschen unmittelbar an Walter Ubricht und die DDR. Richtig ist, dass bereits 1889 in Berlin in großen Festsälen durch die Freireligiöse Gemeinde Feierstunden durchgeführt wurden.

**Anke Reuther, Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde Berlin** □

# Engagiert in Politik und Sport

Ehemaliger Abgeordneter Karl-Heinz Städing verstorben

**Am 25. Februar 2008 ist der frühere Abgeordnete Karl-Heinz Städing im Alter von 79 Jahren in Berlin verstorben. Mit ihm verliert Berlin einen engagierten Politiker und Sportfunktionär, der über 34 Jahre in der Kommunal- und Landespolitik tätig war.**

Karl-Heinz Städing wurde 1928 in Berlin geboren. Nach seiner Schulausbildung begann er eine Lehre als Bäcker, die er 1949 mit der Gesellenprüfung abschloss. Anfang der 50er Jahre wechselte er vom Bäckerhandwerk in den öffentlichen Dienst. In der Berliner Verwaltung absolvierte er eine Verwaltungslehre und schlug die Beamtenlaufbahn ein. Fortan war er im Bezirksamt Charlottenburg in der Abteilung Finanzen tätig. 1964 trat Karl-Heinz Städing der SPD bei und engagierte sich vor allem

in der Kommunalpolitik in Reinickendorf. 1970 wurde er Abeitungsvorsitzender seiner Partei im Märkischen Viertel. Nach langjähriger Unterbrechung übte er diese Funktion nochmals von 1996 bis 2004 aus. Karl-Heinz Städing wurde 1975 zum Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt, dem er bis 1985 angehörte.

In den zehn Jahren seiner Abgeordnetenhaustätigkeit arbeitete er in verschiedenen Ausschüssen. Als sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des Ausschusses für Sport setzte er sich auf der politischen Ebene vor allen Dingen aktiv für die Belange des Sports in Berlin ein.

Überhaupt war Karl-Heinz Städing ein sportbegeisterter Mensch. Einen sehr großen Teil seiner Freizeit widmete er dem Fußball – erst als aktiver Fußballer, dann

als Schiedsrichter. Er war langjähriger Vereinsvorsitzender bei MSV Normannia 08. Gemeinsam mit seiner Frau hat der Vater dreier Kinder 18 Jahre lang Fußballmannschaften betreut und geschult. Er engagierte sich im Berliner Fußballverband. Der Sozialdemokrat Karl-Heinz Städing wird uns mit seiner volkstümlichen, aufrechten und offensiven Haltung stets als ein Vorbild für engagierte Sportpolitik in unserer Stadt in guter Erinnerung bleiben. **AH □**

## TRAUER

**Wir trauern um:**

**Werner Münchow**, geb. 3.4.1927, Abt. 11 Alt Britz, Mitgl. s. 1965; **Karin Alleweldt**, geb. 19.2.1957, Abt. Pankow-Süd, Mitgl. s. Juli 2000; **Horst Ramin**, geb. 17.1.1926, Abt. Spandau Stadtrand, Mitgl. s. Jan 1958; **Felix Meiser**, geb. 26.12.1928, Abt. Gatow-Kladow, Mitgl. s. Jan. 1952.

## GEBURTSTAGE

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**



## Ostermarsch:

## Treffpunkt „Bombodrom“

Unterstützung für die Anwohner der „Freien Heide“

Zum 16. Ostermarsch werden sich am Ostersonntag, dem 23. März zahlreiche Menschen in der Ruppiner Heide treffen.

Dort, vor den Toren Berlins, will die Bundeswehr den größten Bombenabwurfplatz Westeuropas zur Ausbildung von Bomberpiloten einrichten. Die Landesregierungen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin unterstützen den Protest gegen das Bombodrom.

Da Bomben nicht nur Leben, Natur und Bauwerke zerstören, großen Lärm erzeugen und ca. 15.000 touristische Arbeitsplätze im Raum Neuruppin, Rheinsberg, Müritz



und Wittstock vernichten, werden sich wieder viele Tausend zum Protest in Fretzdorf einfinden, wo um 14 Uhr der Marsch zum nahegelegenen Bombodromgelände beginnt.

Obwohl auf dem SPD-Bundesparteitag in Hamburg im vergangenen Oktober drei Parteitagebeschlüsse gegen das Bombodrom angenommen wurden und ob-

wohl der Bundesrechnungshof das Bombodrom für überflüssig hält, bewegt sich leider immer noch nichts in der SPD-Bundestagsfraktion.

Andreas Wilcke □

➔ Bahnverbindung am 23. 3. nach Fretzdorf: Abfahrt Spandau (RE 6) 11.12 Uhr (Richtung Wittstock), ab Hennigsdorf 11.51 Uhr, Ankunft Fretzdorf 12.45 Uhr. Rückfahrt von Fretzdorf 18.06 Uhr. (Brandenburg-Ticket für 5 Personen!). Mit Auto A 24, Ausfahrt Herzprung.

## SPRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878. Nächster Termin: Montag, 17. März 2008, von 16.00 bis 18.00 Uhr

■ **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de.

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 14. März 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Neues Büro: Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 27. März 2008, 15.00 bis 18.00 Uhr; Donnerstag, 3. April 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr

-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015. Nächster Termin: Dienstag, 15. April 2008, von 15.00 bis 17.00 Uhr

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.

■ **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

## TERMINE

■ Die Humanistische Akademie, **Los von der Kirche! - Staat-Kirche-Trennung in Deutschland und humanistische Kulturbewegung** verbunden mit einer Adolph-Hoffmann-Bus-Tour, Samstag, 15. März, Kolloquium: 10.00 bis 14.00 Uhr, Eintritt frei. Kommentierte Bus-tour: 14.00 bis ca. 16.30 Uhr, Eintritt 5,00 €, Humanistische Akademie, Wallstr. 65 / D-10179 Berlin-Mitte, Tel. 030-613904-0 info@humanistische-akademie.de

■ SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem, **Stadtrundgang um den Oranienplatz in Kreuzberg**, Sonntag, 16. März, um 20.00 Uhr, Weitere Informationen und Anmeldung unter: burkhard.z@t-online.de

■ Bürgerbüro Klaus Uwe Benneter, MdB, Podiumsdiskussion: **Warum brauchen wir ein Verbot der NPD?** mit Dr. Erhart Körting (Senator für Inneres) Klaus Uwe Benneter, MdB und Vertretern der Jüdischen Gemeinde, Dienstag, 18. März, 18.00 Uhr, Schwartzsche Villa, Grunewaldstraße 55, Berlin-Steglitz

■ Aktion 18. März, **Gedenkstunde zum Jahrestag der Märzrevolution 1848**, mit Bezirksbürgermeister Christian Hanke, Dienstag, 18. März, um 15.00 Uhr, Platz des 18. März, am Brandenburger Tor

**Kranzniederlegung – Zum Gedenken an die Märzgefallenen**, Dienstag, 18. März, um 17.00 Uhr, mit Karin Seidel-Kalmutzki, Vize-Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Volkspark Friedrichshain

■ Fachausschuss Soziale Stadt, **Vandalismus in Berlin: reagieren oder resignieren?** Erfahrungsberichte und Diskussion mit Thomas Neckar, Vorstand Betrieb, Berliner Verkehrsbetriebe (BVG); Frank Bielka, Chef der städtischen Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO, Mittwoch, 19. März 2008, von 18.30 bis 20.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Tempelhof-Schöneberg, **Friedenauer Gespräch**, Freitag, 28. März, um 19.00 Uhr, Makarska-Grill, Hauptstr. 73 (gegenüber Wiesenlandstraße)

■ Historische Kommission der SPD Berlin und Freireligiöse Gemeinde Berlin, **Erinnerung an den Zehn-Gebote-Hoffmann**, die Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde Anke Reuther spricht zu: Die Sozialdemokratie und die Freireligiösen – Welche Verbindung gab es zwischen den Dissidenten und der Politik? Der Schauspieler Karl Koch spricht Texte von Adolph Hoffmann, mit Dr. Siegfried Heilmann, Donnerstag, 3. April, um 18.00 Uhr, Ausstellungsräume der Freireligiösen Gemeinde Berlin, Pappelallee 15, 10437 Berlin Prenzlauer Berg,

■ ASF Tempelhof-Schöneberg, **Kind und Karriere: Alles eine Frage der Organisation?** Wie verknüpft man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der vorschulischen Erziehung? Referentin: Angelika Schöttler, Bezirksstadträtin für Familie, Jugend und Sport in Tempelhof-Schöneberg, Donnerstag, 3. April, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz

■ Deutscher Staatsbürgerinnen Verband - Deutsche Stiftung für Weltbevölkerung - Deutscher Frauenrat, **Wie wollen wir Gleichstellung finanzieren?!** Berichte von der 52. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission vom 25. Feb. - 07. März 2008 bei den Vereinten Nationen, Marion Böker, Deutscher Staatsbürgerinnen Verband; Mechthild Rawert, MdB, Deutsche Stiftung für Weltbevölkerung; Brigitte Triems, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, Freitag, 4. April, von 19.00 bis 21.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, CASINO, 2. Etage, R. 2013-2018, 10820 Berlin, U-Bhf.4 - Rathaus Schöneberg

■ SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem, **Berliner Siedlungswesen: Fahrt nach Dessau zum Bauhaus**, Sonntag, 6. April, Weitere Informationen und Anmeldung: burkhard.z@t-online.de

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Gedenken:

# Zug der Erinnerung hält

Ausstellung vom 13. bis 22. April in Berlin

**Vom 13. bis 22. April macht der Zug der Erinnerung in Berlin Station. Er erinnert an die entscheidende Rolle, die die Bahn bei den Deportationen von schätzungsweise 1,5 Millionen Kinder von Juden, Sinti und Roma sowie politisch Verfolgten aus ganz Europa in die Konzentrations- und Vernichtungslager des Dritten Reiches spielte. Der Verein „Zug der Erinnerung“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Kinder dem Vergessen zu entreißen. Seit dem 8. November fährt der Zug mit Stopps in über 30 Städten die Deportationsroute in Richtung Auschwitz in Polen entlang. Und wieder verdient die Bahn daran.**

Fast wäre der Halt in Berlin an den finanziellen Forderungen der Deutschen Bahn gescheitert. Die Bahn beharrt darauf, für die Nutzung der Gleise und die Öffnung des Zuges auf Bahnhöfen die üblichen Entgelte zu kassieren, obwohl die verkehrspolitischen Sprecher aller Fraktionen des Bundestages einen Verzicht bzw. eine Spende der Bahn in gleicher Höhe angeregt hatten. Die Rechnungen der Bahn für das gesamte Projekt werden bei über 70.000 Euro liegen.

Der Berliner Initiative und einem breiten Bündnis verschiedener Organisationen, Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen gelang es bisher, für den Stopp in Berlin ca. 18.000 Euro aus Spendengeldern und Zuwendungen zu sammeln. Auch der Berliner Senat unterstützt das Vorhaben mit 8.000 Euro. Für den Restbetrag von rund 5.000 Euro hat die Initiative „Zug der Erinnerung“ die Garantie in der Hoffnung übernommen, diese durch weitere Unterstützung bis Anfang April ausgleichen zu können. Halten wird der Zug an den Bahnhöfen Grunewald und Westhafen als ehe-

malige Deportationsbahnhöfe, am Hauptbahnhof oder Alexanderplatz sowie zur Unterstützung antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Engagements an den Bahnhöfen Lichtenberg und Schöneweide. Zu welchem Zeitpunkt die einzelnen Bahnhöfe angefahren werden, steht noch nicht fest. Der Zug, der von einer Dampflok gezogen wird und aus mehreren Ausstellungswagen besteht, steuert die Städte der über 12.000 Kinder und Jugendlichen an, die zwischen 1940 und 1944 in die Vernichtungslager deportiert wurden.

Bereits am Vorabend der Ankunft des Zuges in Berlin wird es eine Gedenkveranstaltung um 18 Uhr vor dem Brandenburger Tor geben. Ein Schweigemarsch führt anschließend von dort zum Potsdamer Platz zur dortigen Bahnzentrale. Während der Veranstaltung sollen 4.646 Kerzen mit Namensschildern bekannter deportierter ermordeter und verschollener Kinder im Alter von einem bis zwanzig Jahren gegen kleine Spenden verteilt werden. Diese sollen auf dem Potsdamer Platz gestellt und angezündet werden. Eine größere Kerze wird dort symbolisch für alle unbekanntes Opfer der Deportationen brennen. Neben dem Gedenken an die Deportierten soll auf diese Weise gegen die Haltung der Deutschen Bahn AG protestiert werden. Als Erbe des „Sondervermögens Deutsche Reichsbahn“ will diese nach Ansicht der Initiatoren des Zuges der Erinnerung nun ein weiteres Mal an den früheren Deportationen verdienen – diesmal am Gedenken an die damaligen Opfer und an der Erinnerung an die Täter. Der Erlös der „Kerzenaktion“ wird der bundesweiten Initiative „Zug der Erinnerung“ zur Begleichung der Rechnungen zur Verfügung gestellt. **PM** □

➔ Mehr Informationen im Internet: [www.zugnachberlin.de/](http://www.zugnachberlin.de/)

## KULTURTIPPS

**Otto Nagel – Berliner Stadtlandschaften, Porträts und Dokumente.** Porträts aus allen Schaffensperioden des Berliner Malers Otto Nagel (1894-1967), darunter das bekannte 'Selbstbildnis vor leerer Staffelei' sowie eine Auswahl seiner Stadtlandschaften, Zeugnisse des untergegangenen alten Berlins, zeigt eine Ausstellung, die am 28. März eröffnet wird. Ein anderer Teil der vom Mitte Museum, dem Freundeskreis Otto Nagel e.V. und der Akademie der Künste getragenen Ausstellung würdigt mit Fotos und Dokumenten Otto Nagels Wirken als Präsident der Deutschen Akademie der Künste in den Jahren 1956 bis 1962. Die Ausstellung ist vom 28. März bis 7. September zu sehen. **PM** □

➔ Mitte Museum am Festungsgraben, Mi, Fr-So 13:00-17:00 Uhr, Do 13:00-18:00 Uhr.



**„The Color of Life“** heißt die zweieinhalbstündige Show, mit der der Zirkus Busch-Roland vom 3. bis 27. April in seiner ehemaligen Heimatstadt Berlin gastiert. Zu sehen sind u.a. Trapezkunst, Jonglage und Akrobatik. Auch auf Tierauftritte will der Zirkus Busch-Roland nicht vollständig verzichten. Sein 1400-Personen-Zelt wird der Zirkus auf dem Zentralen Festplatz (Kurt-Schumacher-Damm 207) aufschlagen. Karten kosten für Erwachsene zwischen 16 und 29 Euro (erm. 13 bis 26 Euro), Kinder zahlen 13 bis 26 Euro (erm. 10 bis 23 Euro). **PM** □